

Veranstalter: Gedenkstätte Stiftung Kreisau, Evangelische Akademie zu Berlin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität/Warschau, in Verbindung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin

Datum, Ort: 21.03–24.03.2012, Internationale Begegnungsstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung Krzyzowa (Kreisau), PL

Bericht: Wanda Ott, Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin

Die Erfahrung von Revolution, Krieg und Diktatur hat „tiefe und kaum verheilende Wunden“ in der Erinnerung der Mittel- und Osteuropäer hinterlassen. Davon ausgehend mahnte die internationale Nichtregierungsorganisation „Memorial“ 2008 an, einen gesamteuropäischen Geschichtsdialog und die Aufarbeitung der mehrfachen Gewaltgeschichte und Gewalterfahrungen in Ost- und Ostmitteleuropa voranzutreiben. Allein durch einen solchen Meinungs austausch könnten die „Probleme, Traumata und Komplexe“ postkommunistischer Staaten in einem vereinigten Europa von den unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn besser verstanden werden. Der Weg dorthin sei, „die gewachsenen Geschichtsbilder der Nachbarn zu erkennen und zu verstehen, sowie jene historische Realität zu verstehen, die diesen Bildern zugrunde liegt.“¹ Diesem Ansatz von Memorial sind die Kreisauer Internationalen Gedenkstätten treffen seit nunmehr zehn Jahren verpflichtet. Ziel des diesjährigen Treffens war es, die Perspektiven, die hinter den Aufarbeitungsansätzen in den einzelnen Ländern stehen, besser zu verstehen. Demgemäß beleuchteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Russland, Deutschland, Polen, der Ukraine, Belarus, der Tschechischen Republik und aus Dänemark die Narrative über europäische Geschichte, die in ihrem jeweiligen Heimatland vorherrschen; gleichzeitig wurde das Entstehen einer europäischen Erinnerung in den Blick genommen. Es stellten sich Projekte wie zum Beispiel das europäische Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“ vor, die den Dialog über die nationalen Grenzen hinaus fördern.

Die Einführungsvorträge hielten **Prof. Michael Wildt** und **Prof. Włodzimierz Soleja**. Sie ordneten die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts und die jeweiligen Gewaltpotentiale der beiden großen totalitären Systeme – Nationalsozialismus und Stalinismus – ein.

Michael Wildt (Humboldt-Universität zu Berlin) führte aus, dass sich die Gewalt sowohl unter Stalin als auch unter Hitler steigerte. Grund dafür war das fortwährende Scheitern: Beide diktatorischen Systeme vermochten es nicht, die jeweils angestrebten, mythisch verklärten „neuen Gesellschaften“ zu entwickeln - weder Hitlers „Volksgemeinschaft“, noch Stalins „neuer Mensch“ entstanden. Anstatt jedoch die Konsequenz zu ziehen, dass ihre Ziele menschenverachtend und unmöglich umzusetzen waren, hätten beide Diktatoren die Gewalt verstärkt – in der Erwartung so ihre Wahnideen zu verwirklichen. Stalin trete dabei als unmittelbarer – Hitler als mittelbarer Gewalttäter in Erscheinung, so Wildt. Während Stalin einen stetigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt und Mordaktionen persönlich angeordnet habe, gäbe es aus der Hand Hitlers nur ein offizielles Dokument, das Mordaktionen anwies. Hitlers Mordabsicht sei nicht anzuzweifeln; allerdings habe er es im Gegensatz zu Stalin seiner Gefolgschaft überlassen, die Massenmorde zu planen und umzusetzen. Somit unterschieden sich auch die Gewaltakteure voneinander. Während sich der NKWD weitestgehend aus Angehörigen niederer sozialer Schichten

¹ Memorial: "Nationale Geschichtsbilder: das 20. Jahrhundert und der "Krieg der Erinnerungen" : ein Aufruf". *Osteuropa* 58, 6 (2008).

mit geringer Bildung zusammengesetzt habe, zählten Angehörige der wichtigsten NS-Terrorinstrumente zumeist zur deutschen Elite - viele von ihnen hatten promoviert. Sie habe das Angebot der Nationalsozialisten gelockt, nicht mehr an geschriebenes Recht gebunden zu sein und endlich selbst entscheiden zu können, „was rechtens, lebenswert und deutsch“ ist. Im Hinblick auf die Gewaltmaßnahmen beider Regime ging Prof. Wildt vor allem auf die Hungerpolitik der Nationalsozialisten ein. Städte wie Leningrad wurden eingekreist und ausgehungert, statt erobert. Die Nazis wollten die Bewohner nicht ernähren. Genauso erging es den Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten im Osten. Ihr Hungertod wurde bewusst herbeigeführt. Hinsichtlich dieses Vorgehens der Nationalsozialisten zog Prof. Wildt den Vergleich zum Holodomor in der Ukraine. Im Zug dieser von Stalin künstlich und bewusst herbeigeführten Hungerkatastrophe 1932-1933 starben 3-7 Millionen² Menschen - mehrheitlich Bauern aus den ukrainischen Schwarzerdegebieten. Bis Ende der achtziger Jahre leugnete die sowjetische Staatsführung den Holodomor.

Der polnische Historiker **Włodzimierz Soleja** (Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) Wrocław) sieht auch Polen als Opfer der sowjetischen Tabu-Politik. Alle Narrative, die mit der Unabhängigkeit Polens in der Zwischenkriegszeit verbunden waren, hätten die sowjetischen Besatzer „ausradiert“. Im Schulunterricht und mit Hilfe von Repression hätten die Sowjets die kollektive Erinnerung an den polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg unterdrückt. Der Kampf für ein unabhängiges Polen war im Zweiten Weltkrieg von der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa; kurz: AK) verkörpert worden. Sie war der militärische Arm des polnischen Untergrundstaates, der wiederum mit der Exilregierung in London zusammenarbeitete. Die politische und militärische Opposition strebte ein demokratisches Polen nach westlichem Vorbild an. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren insbesondere ehemalige AK-Angehörige der sowjetischen Repression ausgesetzt. Sie galten als *verstoßene Soldaten*; hunderttausende wurden inhaftiert, in Schauprozessen abgeurteilt, ermordet oder deportiert.³ Diese Ereignisse seien in der Sowjetunion entweder tabuisiert oder propagandistisch umgedeutet worden. Daher hätten sie keinen Eingang in die kollektive Erinnerung der Polen gefunden, so Soleja. Auch Katyn stehe für die sowjetische Strategie der Geheimhaltung. Erst im April 1990 räumte der damalige russische Präsident Michael Gorbatschow die Verantwortung Russlands für diesen Massenmord ein.

Das Treffen wurde durch eine Fotoausstellung der Petersburgerin **Olga Šonova** begleitet, die einen Einblick in den Alltag von Bewohnern ehemaliger Lagerstandorte in Russland und Kasachstan gibt. Šonova, die gegenwärtig im Forschungs- und Informationszentrum „Memorial“ arbeitet, besuchte im Jahr 2010 die Siedlung Rabočeostrovsk, 800 km nördlich von St. Petersburg gelegen. Zwischen 1923 und 1939 wurden von hier aus Häftlinge des sogenannten SLON (*Solowezki Lager zur besonderen Verwendung*) auf eine nahegelegene Inselgruppe im Weißen Meer gebracht.⁴ Ihre Ausstellung „Places of Resistance“, die vom Theodor-Heuss-Kolleg, der Robert-Bosch-Stiftung und dem MitOst e.V. unterstützt wurde, zeigt zehn Momentaufnahmen der heutigen Lebenssituation in dieser Siedlung. Die Schau bildete den Rahmen für die unterschiedlichen Blickwinkel der Teilnehmer auf die Gewalterfahrungen und dem Umgang mit ihnen in den heutigen Gesellschaften.

Das Lagersystem SLON ist eng mit dem Bau des Weißmerkanals verbunden: Die auf den Solowezki-Inseln erprobte Lagerführung wurde zum Vorbild für die Zwangsarbeiterlager entlang der Kanalbaustelle. Der sowjetische Geheimdienst veranlasste die Überführung mehrerer Tausend Häftlinge von der Inselgruppe zu den Baustellen des Weißmerkanals.⁵ Wie an dieses Prestigeprojekt im Nordosten Kareliens heute erinnert wird, verdeutlichte **Ekaterina Machotina**

² Baberowski, Jörg: *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt*. München: C.H. Beck 2012, 186.

³ Slawinski, Andrzej: *Der Stalinistische Plan der Vernichtung der pro-westlichen, demokratischen Kräfte in Polen*. http://www.polishresistance-ak.org/7_Artikel_De.htm (01.07.2012).

⁴ Kaminsky, Annette; Ruth Gleinig (Hg.): *Erinnerungsorte an den Massenterror 1937/38: Russische Föderation*. Berlin: Stiftung Aufarbeitung 2007, 126.

⁵ Applebaum, Anne: *Gulag: a history*. New York: Doubleday 2003, 76-78.

(Ludwig-Maximilians-Universität München) mit dem Dokumentarfilm „Erinnerung an die Stalinzeit in Karelien“. Er zeigt eindrucksvoll, wie ambivalent die Einwohner der Provinzstadt Medveegorsk das Bauvorhaben und die Rolle Stalins bewerten. Vor allem jene Narrative, die Machotina als „zähe Mythen“ bezeichnete, hätten sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt. Zu diesen „zähen Mythen“ gehörten die Vorstellungen, dass der Weißmerkanal ausschließlich von „Verbrechern“ errichtet wurde, dass Stalin von den Lebensbedingungen entlang der Kanalbaustelle und den Repressionsmaßnahmen nichts gewusst hat oder dass der Kanalbau immerhin industriellen Fortschritt in die Region brachte. Darin erkennt die Münchner Wissenschaftlerin eine Traumakompensation, die sich in der Umdeutung der Geschichte zeige. Einige Einwohner der Stadt und sogar Opfer der Repression versuchten, sich von ihrer Rolle als Opfer zu schützen: Sie gäben in Interviews dem Grauen einen Sinn, indem sie darauf beständen, dass die Region durch den Kanalbau zivilisiert und industrialisiert wurde. Stalin habe nicht nur nichts von den unmenschlichen Baubedingungen auf den Großbaustellen gewusst; einige Betroffene sähen sich nicht als Deportierte, die zu Zwangsarbeit verpflichtet wurden, sondern als Teil eines erfolgreichen Industrialisierungsvorhabens. So betrachtet zum Beispiel der Sohn eines ehemaligen Zwangsarbeiters, Aleksej Grigorovič, Stalin als den Schuldigen für das Massensterben am Weißmerkanal, hält jedoch am wirtschaftlichen Nutzen des Kanalprojekts fest. Machotina machte in ihrem Vortrag die mangelnde Kommunikation innerhalb der Familie für das Fortbestehen überholter Geschichtsbilder verantwortlich. Die meisten Zeitzeugen hätten mit ihr zum ersten Mal über ihre Erlebnisse gesprochen.

In ihrem Vortrag „Repression der Erinnerung – Erinnerung der Repression“ beschrieb **Elena Žemkova** (Memorial Moskau), wie sich die Unterdrückung der Erinnerungen an die stalinistische Massengewalt auf die russische Gesellschaft auswirkt. Das Ausblenden von Erinnerung sei in der Sowjetunion vielleicht ein weniger offensichtliches, aber nichtsdestotrotz ein Repressionsinstrument gewesen. Doch auch unter der Regierung von Putin und Medwedew werde die Tabuisierung der Geschichte erneut als Machtinstrument missbraucht. Insbesondere die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde von der sowjetischen Führung bis in die achtziger Jahre für Propagandazwecke instrumentalisiert. So seien Fragen systematisch erstickt worden, die nach der Anzahl der im Zweiten Weltkrieg getöteten Sowjetbürger fragten oder nach dem Schicksal repatriierter Angehöriger der Roten Armee, die als Kriegsgefangene den Krieg überlebt hatten. Maßnahmen wie beispielsweise die *Säuberung* der Großstädte von Kriegsinvaliden sollten die tatsächlichen Folgen des Krieges beschönigen. Die Folgen der sowjetischen Geschichtspolitik für die Gegenwart erläuterte Žemkova in der anschließenden Diskussion, in der sie von einem „Erbe der Angst sprach“ – Angst vor Denunziation, Furcht vor der Offenlegung bisher verdrehter oder tabuisierter Geschichte, sofern diese der offiziellen Darstellung widersprechen würde. Sowohl die russische Bevölkerung als auch die Staatsmacht bewerte den Großen Vaterländischen Krieg heute als Geschichte des Sieges. Selbst für die Opfer der stalinistischen Repression wirke die Erinnerung an den Sieg identitätsstiftend, da die Unterwerfung Nazi-Deutschlands das einzige „positive Fundament“ der sowjetischen Geschichte sei, auf das sie sich stützen können.

In ihrem Schlusswort plädierte Elena Žemkova für eine eindeutige Kehrtwende hinsichtlich des Tabus, den Stalinismus mit dem Nationalsozialismus zu vergleichen. Die Macht des provokativen Vergleichs erörterte die polnische Historikerin **Dr. Renata Kobylarz-Buła** (Kriegsgefangenenmuseum Łambinowice-Opole) am Beispiel des ehemaligen polnischen Kriegsgefangenenlagers Lamsdorf/Łambinowice. Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs hielten die Nationalsozialisten dort insgesamt 300.000 Menschen aus über einem Dutzend Nationen fest. Davon überlebten 40.000 Kriegsgefangene die Lagerbedingungen nicht. Zwischen 1945 und 1946 mussten im selben Lager überwiegend deutsche Staatsangehörige Zwangsarbeit leisten. Von 5.000 Inhaftierten starben etwa 1.000-1.500 Zwangsarbeiter.⁶ Kobylarz-Buła ging auf die filmische

⁶ Vgl. Broschüre des „Zentralen Kriegsgefangenenmuseums in Łambinowice-Opole“, 48-316 Łambinowice, Ul. Muzealna 4; Text: R. Ciasnocha; Übersetzung: J. Frasek.

Rezeption der beiden Lager ein. Während die in 65 Jahren produzierten Filme ihr Augenmerk auf die Geschichte des NS-Kriegsgefangenenlagers und dessen Opfer gelegt hätten, beschäftige sich der jüngste Dokumentarfilm „Polnische Konzentrationslager“ (2012) des Filmemachers Pawel Sieger mit dem Nachkriegslager. Im Film setze er das Kriegsgefangenenlager mit dem nationalsozialistischen Konzentrationslager Auschwitz gleich. Diese Herangehensweise Siegers kritisierte Kobylarz-Buła. Er verwende ganz bewusst den belasteten Begriff *Konzentrationslager*, da dieser starke Bilder in den Köpfen der Zuschauer produziere. Der Vergleich gehe jedoch an der Realität des Arbeitslagers Łambdorski/Łambinowice vorbei. Das Kriegsgefangenenlager dürfe mit dem Vernichtungslager Auschwitz auf keinen Fall gleichgesetzt werden – wo Millionen von Menschen systematisch getötet wurden.

„Das, was für andere Vergangenheit ist, ist für uns Gegenwart,“ beklagte der Mitarbeiter von Memorial Minsk **Igor Kuznecov** im Hinblick auf die „Erinnerungslosigkeit“ der belarussischen Führung. Die Regierung Lukašenkos verfolge das Ziel, die Spuren des stalinistischen Terrors zu verwischen. So würden Bauprojekte auf dem Gelände von Massenerschießungsstätten realisiert, NKWD-Dokumente zurückgehalten und das Thema an Schulen und Universitäten ausgeblendet. Seit dem Amtsantritt von Lukašenko 1994 habe kein Wissenschaftler in Belarus zur sowjetischen Repression promoviert. Untätig seien die staatlichen Behörden auch in Bezug auf das Massengrab in Kurapaty. Vor 23 Jahren hatte der belarussische Ministerrat beschlossen, auf dem Gebiet des Gräberfeldes und bekanntesten Gedenkortes für die Opfer der stalinistischen Repression ein Denkmal zu errichten. Diese Pläne seien bis heute nicht umgesetzt worden. Stattdessen habe die belarussische Regierung kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2001 beschlossen, die Autostraße auszubauen, die durch das Gräberfeld führe - trotz massiver Proteste.⁷

Der Journalist und ehemalige Diplomat Michail Botjan erlebte die staatliche Unterdrückung von Andersdenkenden hautnah. Er habe mit ansehen müssen, wie seine Tochter und deren Freund von staatlichen Sicherheitskräften in einen Bus ohne Kennzeichen gezerrt worden seien, während sie in Minsk an einer friedlichen Demonstration gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit teilgenommen hätten.

Das Ausblenden unliebsamer Wahrheiten habe auch bei den Dänen Tradition. **Dr. Thomas Wegener Friies** (Süd-Universität Dänemark) gab einen Einblick in die politischen Zäsuren Dänemarks. Seit der Niederlage auf den Düppeler Schanzen 1864 habe die dänische Führung auf Entspannung gesetzt. Das geschrumpfte Land gab die eigenen Großmachthoffnungen auf, baute sein Militär ab und balancierte fortan zwischen den Großmächten mit Hilfe geschickter Diplomatie. Die Neutralität wurde während der Besatzungszeit de facto aufgegeben und wich einer Kollaboration mit Nazi-Deutschland. Dennoch habe sich die dänische Führung der „Fiktion“ hingegeben, ein neutrales Land zu sein. Der Wunsch, wirtschaftlichen Wohlstand und ein Minimum an Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, hätten die Dänen zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten getrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der dänische Staat genauso bemüht, den Gegnern im Kalten Krieg entgegenzukommen – also auch der Sowjetunion. Kennzeichnend dafür sei die unkritische Betrachtung des Stalinismus bis zum Beginn der Perestrojka. Bis heute sei die Prägung an der dänischen Außenpolitik ablesbar – zum Beispiel an ihren NATO-kritischen Reflexen.

Über die Geschichtsaufarbeitung in der Tschechischen Republik seit dem Zusammenbruch des Ostblocks sprach **Ondrej Matejka** (Verein *Antikomplex, Prag*). Er nahm Anstoß daran, dass eine einfache Täter-Opfer-Perspektive noch immer Konjunktur habe und tschechische Intellektuelle nach wie vor der Totalitarismustheorie anhängen. Als Beispiel für die misslungene tschechische

⁷ Kaminsky, Anna (Hg.): *Erinnerungsorte an die Opfer des Kommunismus in Belarus*. Berlin: Metropol 2011, 55-57.

Aufarbeitungspraxis nannte Matejka unter anderem die zeithistorische Dauerausstellung des 2009 wiedereröffneten Nationaldenkmals auf dem Vítkov-Berg. Die Exposition verkürze die Geschichte der Tschechischen Republik erheblich und sei ethnozentrisch. So werde kein Wort darüber verloren, dass auf dem tschechischen Staatsgebiet auch Deutsche und Slowaken gelebt hätten. Es sei ein „bequemes“ Denkmal, so Matejka, da es den Versuch unterlasse, Verantwortung für die Gewalthandlungen des kommunistischen Regimes zu übernehmen. Darüber hinaus kritisierte Matejka, dass die tschechische Öffentlichkeit nicht in die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur einbezogen werde. Die „Bequemlichkeit“, die sich unter den Erinnerungsexperten breit gemacht habe, sieht Matejka dafür verantwortlich, dass die tschechische Bevölkerung politisch desinteressiert sei.

Was passiert, wenn es mehrere Narrative zur Geschichte eines Ortes gibt und dieser dadurch mehrdeutig bleibt? Inwieweit wird der Aufbau einer Gedenkstätte erschwert, wenn sich mehrere Parteien um die Erinnerungshoheit streiten? Diesen Fragen widmete sich zuerst der brandenburgische Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur **Martin Gorholt**. Er wies in seinem Grußwort unter anderem auf die Konflikte um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam hin. **Dr. Andrea Genest** (Gedenkstätte Sandbostel) schilderte die Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag X B Sandbostel in Niedersachsen und dessen Nachkriegsnutzung. Weiterhin beschrieb Genest, welche Deutungsprobleme beim Umgang mit den zahlreichen Erinnerungsschichten erwachsen. Auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte Sandbostel hatten zunächst die Nationalsozialisten ein Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglager und nach dem Krieg die britische Besatzungsmacht ein Internierungslager für SS-Angehörige errichtet. Seit 1948 wurde das Barackengelände als Strafgefangenenlager und ab 1952 als Notaufnahmelager für männliche Flüchtlinge aus der DDR genutzt. Es gibt vereinzelt Stimmen, die sich gegen die Aufnahme der Geschichte des Notaufnahmelagers in die gerade entstehende Ausstellung aussprechen, da sie befürchten, von den Leiden der NS-Opfer abzulenken. Genest vertrat jedoch den Standpunkt, dass das Wissen um die Nachkriegsgeschichte notwendig sei, um den historischen Ort in seiner mehrfachen Umformung zu verstehen. Gleichzeitig berge die Thematisierung der lückenlosen Nachnutzung des Lagers die Chance, zugleich wichtige Phasen bundesrepublikanischer Geschichte zu benennen: Die Zeit der Besatzung bis 1949 oder die Integration der Flüchtlinge bereits in den vierziger und fünfziger Jahren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war die Präsentation von Projekten, die sich mit der Aufarbeitung der Diktaturgeschichte in Mittel- und Osteuropa auseinander setzen:

Robert Latypov (Memorial-Jugendforum Perm) und **Maciej Wąs** (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt / Oder) referierten über ihr Projekt „Deportationen in Russland und Polen im 20. Jahrhundert: ‚Krieg der Erinnerungen?‘“. Innerhalb von 20 Tagen interviewten sie 20 Zeitzeugen in Russland und Polen. Ihre Initiative ging von der Grundannahme aus, dass die Bevölkerung in beiden Ländern ähnliche Gewalterfahrungen durchgemacht habe. „Wir sollten das Geschehene aus der Perspektive gemeinsamen Unglücks betrachten“, verlangen die Projektleiter. Die Ergebnisse des Projekts wurden 2011 in einer Broschüre unter dem Projekttitle zusammengefasst. Finanzielle Unterstützung erhielten Latypov und Wąs von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Beide konnten beobachten, wie die stalinistische Geschichtsdeutung bis heute nachwirkt und die Geschichtsbilder nicht allein der Betroffenen, sondern der gesamten Bevölkerung bis heute prägt. Selbst die nachfolgenden Generationen scheuen sich, historische Gewaltverbrechen beim Namen zu nennen. Bei den Kindern ehemaliger Zwangsarbeiter stießen sie mit ihren Nachfragen oft auf Ablehnung, während die Betroffenen selbst Vertrauen fassten und bereit waren, in ihre Erinnerungen einzutauchen. Der russische Mitstreiter Robert Latypov hat in seiner eigenen Familie erfahren, wie lange das Schweigen anhält – so war es sein Bericht über die Arbeit an dem binationalen Projekt, der seine Großmutter dazu bewog, ihre eigene, zuvor verschwiegene

Geschichte zu erzählen. Latypov und der Kulturwissenschaftler Waş, aber auch die Historikerin Ekaterina Machotina machten deutlich, dass die offene Erzählung helfen kann, erlittenes Unrecht, Schmach und Verletzung zu bewältigen.

Beharrlichkeit und Hingabe offenbarten **Natalja Paelge** (Autorin aus Jekaterinburg) und **Jurij Kalmykov** (Studio Artefaktum, Jekaterinburg), die ihr gemeinsames Ausstellungsprojekt „Meine Heimat, wo bist du...?“ vorstellten. Die Schau greift das Schicksal Russlanddeutscher unter Stalin auf und zeichnet das Leben deutscher Kriegsgefangener im Nordural nach. Sie wurde ohne staatliche Unterstützung realisiert, einzig die Menschenrechtsorganisation Memorial übernahm einen Teil der Finanzierung. Inhaltlich basiert sie auf der dreibändigen Publikation „Jenseits des Stacheldrahts des Urals“, an der Natalja Paelge 20 Jahre gearbeitet hat. Als die noch junge Journalistin Paelge zum ersten Mal mit dem Begriff *Perecilenic* in Kontakt geriet und nachforschte, was sich dahinter verbirgt, verlor sie ihre Stelle. Erst im Zug der Perestroika konnte sie sich diesem Thema ganz widmen. Entstanden sind beeindruckende Sammlungen biographischer Skizzen.

Den Abschluss des Seminars bildeten die Vorträge von **Dr. Irmgard Zündorf** (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) und **Dominik Kretschmann** (Gedenkstätte Kreisau). Irmgard Zündorf analysierte die Darstellung der DDR-Alltagsgeschichte in privaten Museen. Prof. Martin Sabrow zitierend stellte sie zu Beginn fest, dass DDR-Erinnerung ein Kampfplatz der Geschichtsdeutung sei. Die Historikerin unterschied das Diktaturgedächtnis, das seriöse Ausstellungen wach hielten, vom Arrangementgedächtnis populärer Erinnerungsstätten und vom Fortschrittsgedächtnis gezielt verklärender Einrichtungen zur DDR-Geschichte in Deutschland. Während staatliche Einrichtungen wie das „Haus der Geschichte“ oder das „Zeitgeschichtliche Forum Leipzig“ noch Bedenken gegenüber einer Darstellung der Alltagsgeschichte hegten, würden einerseits verklärende *Ostalgi*, andererseits aber auch Ausstellungsmacher mit Geschäftssinn längst auf die Nachfrage nach einer heiter-harmlosen DDR-Musealisierung von Seiten der Bevölkerung reagieren. Viele der privaten DDR-Museen verdienten die Bezeichnung nicht, da die Betreiber keine eigene Forschung betrieben und die Exponate in keinen übergeordneten politischen Zusammenhang einordneten. Eine Ausnahme sei das „DDR Museum“ in Berlin. Die professionell gestaltete Ausstellung hätten namhafte Historiker betreut. Sie inszeniere neben Momentaufnahmen aus dem Alltag der DDR-Bürger auch die politischen Umstände. Obwohl das „Museum zum Anfassen“ erläutere, was es zeigt, stehe der Unterhaltungsfaktor im Mittelpunkt. So würden Klischees produziert, schon allein dadurch, dass die szenografische Darstellung eine Lebenswirklichkeit vorgaukle, die es so nicht gegeben habe. Zündorf mahnte abschließend an, dass die staatlichen Museen den privaten Unternehmungen etwas entgegensetzen müssten. Eine „gute Mischung“ aus Alltags- und Diktaturgeschichte sei anzustreben.

Dominik Kretschmann (Gedenkstätte Kreisau) informierte die Teilnehmer über die Arbeit der Stiftung Betejnu-Chaj und gab Auskunft über eine neue Projektidee. Die Stiftung wurde 2004 ins Leben gerufen, um das historische Gebäude der verwaisten Synagoge Dzierżoniów/Reichenbach in Polen vor dem Verfall zu retten.⁸ Die jüdische Gemeinde war während des Zweiten Weltkrieges von den Nationalsozialisten zerschlagen worden. Deren Mitglieder wurden in die Ghettos Kowno, Theresienstadt und Łódź sowie in die Todeslager Sobibór and Bełżec, Auschwitz-Birkenau und Treblinka verschleppt.⁹ Ein weiteres Anliegen der Stiftung ist es, die Erinnerung an das einst lebendige jüdische deutsch-polnische Leben der Stadt, das bis in das 13. Jahrhundert zurückreicht wiederzubeleben und wachzuhalten sowie ein internationales Forschungs- und Bildungszentrum aufzubauen.¹⁰ Kretschmann nannte die wichtigsten bisherigen Erfolge der Stiftung: Die Synagoge sei saniert und die ständige Ausstellung „Jüdisches Reichenbach 1945 – 1948“ unlängst eröffnet worden. Im Rahmen eines neuen Projektes der Stiftung wolle Kretschmann in Erfahrung bringen,

⁸ <http://de.synagouefund.com/synagoge/> (02.07.2012).

⁹ <http://www.sztepl.org.pl/de/article/dzierzoniow/5,historia/?action=view&page=10> (02.07.2012).

¹⁰ <http://de.synagouefund.com/intro/> (02.07.2012).

warum ein Gedenkstein, der an die Opfer der Zwangsarbeiterlager in und um Reichenbach (1944-45) erinnert, aus dem Stadtzentrum an den Stadtrand verlegt wurde.

Einer der Gründer der Gedenkstättenreffen wurde von jenen vermisst, die ihn kannten: **Ludwig Mehlhorn**. Bereits am Tag der Ankunft wurde eine Schweigeminute für den 2011 verstorbenen DDR-Oppositionellen und das Vorstandsmitglied der *Kreisau-Initiative* eingelegt. An einem der Abende erinnerte **Annemarie Franke** an ihre Zusammenarbeit mit Ludwig Mehlhorn. Zugleich stellte sie die kürzlich erschienene Textsammlung „In der Wahrheit leben. Texte von und über Ludwig Mehlhorn“, herausgegeben von Stephan Bickhardt vor.¹¹ Der Band enthält eine biographische Skizze, geschrieben von dem langjährigen Freund, Stefan Bickhardt, Essays, Artikel und weitere Schriften von Ludwig Mehlhorn, außerdem Texte über Mehlhorn sowie einige ausgewählte Nachrufe.

¹¹ Bickhardt, Stephan: *In der Wahrheit leben: Texte von und über Ludwig Mehlhorn*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2012.